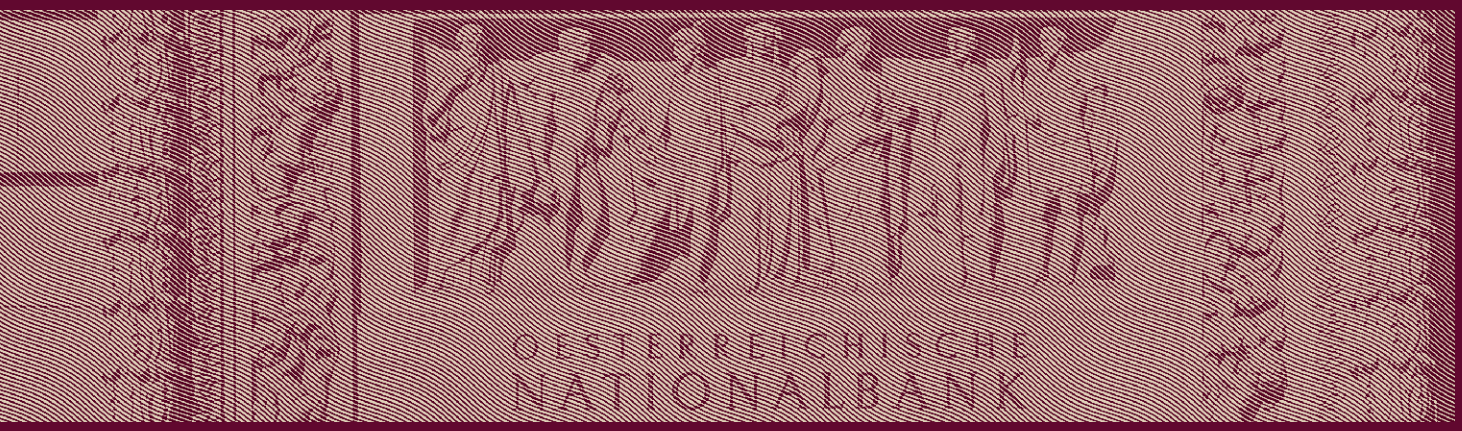
OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Stabilität und Sicherheit.

Q3/20

Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-04-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Autoren	*Friedrich Fritzer, Ernst Glatzer, Fabio Rumler*
Redaktion	*Marc Bittner*

© Oesterreichische Nationalbank, 2020.
Alle Rechte vorbehalten.
Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

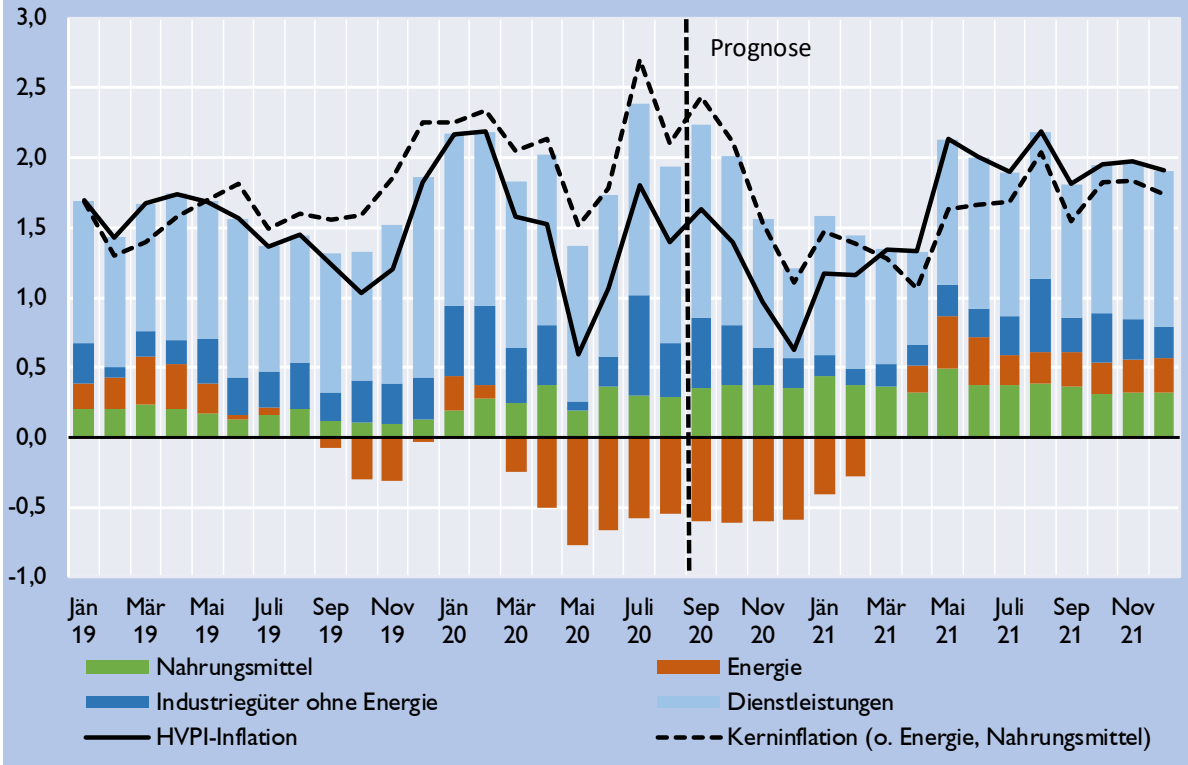
Überblick

OeNB erwartet im Jahr 2020 trotz Rezession Teuerung von 1,4 %, gefolgt von 1,7 % im Jahr 2021

Nach der volatilen Entwicklung in den letzten Monaten wird die HVPI-Inflationsrate laut der OeNB-Inflationsprognose vom September 2020 im zweiten Halbjahr 2020 sukzessive abnehmen. Verantwortlich dafür sind der anhaltend inflationsdämpfende Effekt des Ölpreises sowie der zunehmend auf die Inflationsrate wirkende Nachfragerückgang infolge der COVID-19-Pandemie. Im Jahr 2021 wird gemäß unseren Annahmen der inflationsdämpfende Ölpreiseffekt auslaufen und auch eine verbesserte Nachfragesituation die Inflation wieder etwas ansteigen lassen. Gegenüber der letzten Inflationsprognose vom Juni 2020 bedeutet die aktuelle Prognose eine beträchtliche Aufwärtsrevision der Inflation um 0,6 Prozentpunkte für 2020 und um 0,9 Prozentpunkte für 2021. Diese Revision ist auf wesentlich höhere Ölpreisannahmen sowie auf die in den vergangenen Monaten (v.a. im Juli) höhere Inflationsentwicklung als noch in der letzten Prognose erwartet, zurückzuführen. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate wird sich ohne den Energiepreiseffekt spiegelbildlich zur Gesamtinflation entwickeln und dementsprechend von 2,0 % im Jahr 2020 auf 1,6 % im Jahr 2021 sinken. Die OeNB-Prognose geht davon aus, dass die befristete Mehrwertsteuersenkung in den von der COVID-19-Pandemie besonders betroffenen Branchen (Gastronomie, Hotellerie, Kultur, Publikationswesen) nicht auf die Verbraucherpreise übertragen wird.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Online-Preise zeigen Rückgang nach Abschaffung der Schaumweinsteuer, aber keinen Effekt der Mehrwertsteuersenkung bei bestellten Speisen

Mit Anfang Juli 2020 wurde in Österreich die Schaumweinsteuer auf Sekt und Champagner auf 0 % und die Umsatzsteuer in der Gastronomie und der Hotellerie vorübergehend auf 5 % gesenkt. Von der OeNB gesammelte Online-Preisdaten zeigen, dass sich die Senkung des Steuersatzes bei Schaumweinen in den Einzelhandelspreisen deutlich widerspiegelt. Der Preisrückgang bei Schaumweinen war vermutlich aufgrund des starken Nachfragerückgangs vielfach sogar stärker als die Reduktion der Schaumweinsteuer selbst. Die Umsatzsteuersenkung bei Speisen und Getränken hingegen führte laut der Preisentwicklung bei einem großen Online-Essensbestelldienst zu keinen Preissenkungen bei gelieferten Speisen. Wie von der Bundesregierung intendiert, scheint die Steuersenkung zumindest bei Essenslieferungen zur Verbesserung der Liquiditäts- und Ertragssituation der Unternehmen genutzt worden zu sein und wurde bislang nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben.

Moderater Ölpreis dämpft trotz des jüngsten Anstiegs weiterhin Inflation

Der seit Jahresanfang 2020 beobachtete Rückgang des Rohölpreises, der vor allem während der Lockdown-Phase sehr stark war, ging im Mai 2020 nach dem Beschluss massiver Förderkürzungen durch die OPEC+ in einen Aufwärtstrend über. Im September 2020 notierte der Rohölpreis in Euro wieder um circa 50 % höher als zu seinem historischen Tiefststand im April 2020, liegt damit aber immer noch um rund 30 % unter seinem Vorjahreswert. Dies führt dazu, dass auch die Energiepreisekomponente des HVPI nach wie vor die Gesamtinflationsrate dämpft, wenngleich seit April merklich weniger.

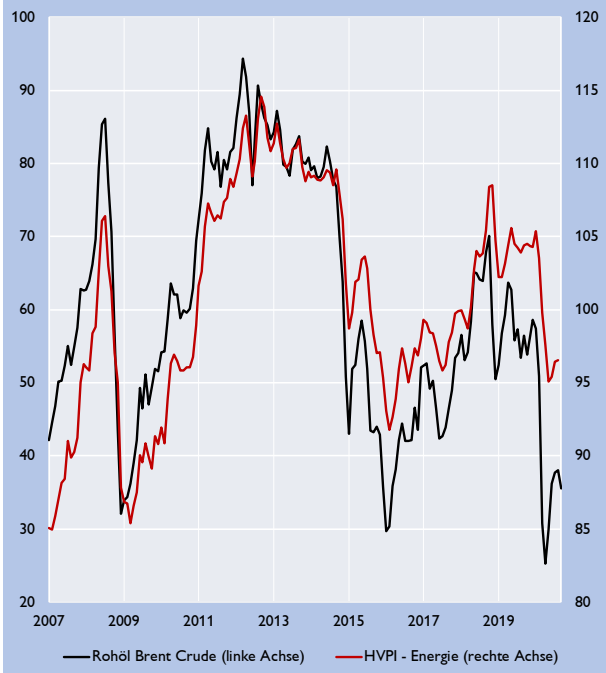
Lohnstückkosten steigen krisenbedingt, Unternehmensgewinne sinken

Das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten nahm im zweiten Quartal 2020 aufgrund des krisenbedingten Rückgangs der gemessenen Produktivität deutlich zu. Allerdings wurden ab Mitte März viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Kurzarbeit angemeldet, wodurch sich die Lohnkosten für die betroffenen Unternehmen de facto reduzierten. Somit spiegelt die Entwicklung der Lohnstückkosten in dieser Situation die tatsächliche Arbeitskostenentwicklung vieler Unternehmen nur verzerrt wider und lässt daher auch keinen Rückschluss auf einen von den Arbeitskosten ausgehenden Preisdruck zu. Im zweiten Quartal 2020 sanken infolge der COVID-19-Krise zudem die Unternehmensgewinne deutlich.

Kapazitätsauslastung erholte sich im dritten Quartal 2020 wieder teilweise

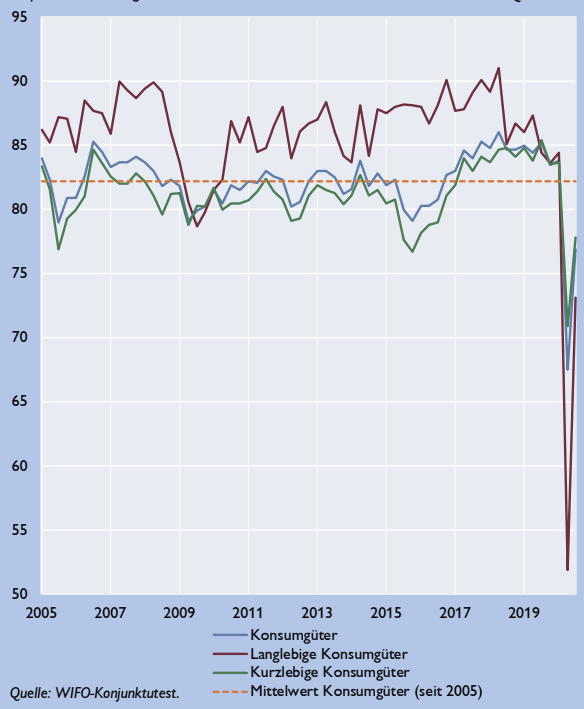
Die Produktionsauslastung in der Konsumgüterindustrie war im zweiten Quartal 2020 aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf einen historischen Tiefpunkt gefallen, erholte sich aber im dritten Quartal wieder um rund 14 % (gegenüber dem Vorquartal). Damit liegt die Kapazitätsauslastung jedoch immer noch merklich unter ihrem Durchschnittswert seit 2005 und sollte somit in den nächsten Quartalen die Inflation in Österreich dämpfen.

Ölpreis und österreichischer HVPI-Energie



Quelle: Macrobond, Eurostat.

Kapazitätsauslastung in der Industrie



Quelle: WIFO-Konjunktutest.

Inflation in den letzten Monaten zunehmend volatil

Nachdem die österreichische HVPI-Inflationsrate seit Jahresanfang 2020 von 2,2 % bis Mai auf 0,6 % gesunken war, stieg sie bis Juli wieder auf 1,8 % an und fiel im August 2020 wieder leicht auf 1,4 % zurück. Der vorübergehende Anstieg im Juli war teilweise auf Sonderfaktoren, wie die Verschiebung der Ausverkaufssaison im Bekleidungshandel sowie Messprobleme im Dienstleistungsbereich, zurückzuführen. Der moderate Anstieg der Ölpreise seit Juni (ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau) trug ebenfalls zum Inflationsauftrieb bis Juli bei. Lediglich bei Nahrungsmitteln war die Inflation seit Juni rückläufig. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate stieg von Mai bis Juli markant auf 2,7 % an, ging aber im August infolge der Normalisierung im Bekleidungssektor wieder auf 2,1 % zurück. Der im Vergleich zur Gesamtinflation hohe Wert ist durch das Fehlen der inflationsdämpfend wirkenden Energiekomponente in der Kerninflation erklärbar.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer
Ernst Glatzer
Fabio Rumler[1]

Überblick 2
1 Volatile Entwicklung der Inflation in den letzten Monaten 6
2 Inflationsprognose: trotz Rezession für 2020 Inflationsrate von 1,4 % erwartet, gefolgt von 1,7 % im nächsten Jahr 8
Kasten 1: Steuersenkungen und Weitergabe auf Preise in Österreich am Beispiel der Schaumweinsteuer und der Umsatzsteuer 13
3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung 17

Redaktionsschluss: 2. Oktober 2020

[1] Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at, fabio.rumler@oenb.at.

1 Volatile Entwicklung der Inflation in den letzten Monaten

Nachdem die *österreichische HVPI[2]-Inflationsrate* im Mai 2020 vorübergehend auf 0,6 % gesunken war, *erhöhte sie sich* in der Folge *im Juni wieder auf 1,1 % und stieg im Juli weiter auf 1,8 % an*. Im jüngsten Berichtsmonat *August 2020 ging die HVPI-Inflationsrate wieder auf 1,4 % zurück*. Vor allem der starke Anstieg im Juli war überraschend, da der durch die COVID-19-Pandemie verursachte Nachfragerückgang keinen so kräftigen Anstieg vermuten hätte lassen. Der *Anstieg bis Juli war vor allem bei nicht-energetischen Industriegütern, bei Energie und Dienstleistungen besonders stark ausgeprägt,* dürfte aber *zum Teil auf Sonderfaktoren zurückzuführen* sein, die sich im August teilweise wieder normalisiert haben. In erster Linie ist hier laut Statistik Austria die Verschiebung der Ausverkaufssaison von Juli auf August im Bekleidungssektor zu nennen, die dazu führte, dass die Bekleidungspreise im Jahresabstand im Juli markant gestiegen sind. Dieser Effekt, der allein für rund die Hälfte des Inflationsanstiegs zwischen Juni und Juli verantwortlich war, ist im August wieder weggefallen und ließ die Inflationsrate daher wieder sinken. Seit Mai ist aber auch die Inflationsrate für Dienstleistungen gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Preisdynamik bei Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen zurückzuführen – vor dem Hintergrund der schwachen Nachfrage in diesem Bereich durchaus überraschend. Hier dürften aber auch Messprobleme eine Rolle gespielt haben (siehe nächster Absatz). *Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate ist* aufgrund der Dynamik der Preisentwicklung bei Industriegütern und Dienstleistungen *von 1,5 % im Mai 2020 auf 2,7 % im Juli 2020 markant gestiegen, hat sich aber* mit der Normalisierung im Bekleidungssektor *im August wieder auf 2,1 % zurückgebildet* (siehe Grafik 1).

Die *Entwicklung der letzten Monate*, insbesondere im April und Mai 2020, ist allerdings vor dem Hintergrund *einer erschwerten Inflationsmessung während der COVID-19-Krise mit Vorsicht* zu interpretieren. Aufgrund der von Mitte März bis in den Mai hinein verordneten Geschäftsschließungen und Mobilitätsbeschränkungen war die Preiserhebung für viele im Warenkorb enthaltenen Produkte und Dienstleistungen erschwert oder unmöglich. Statistik Austria musste daher die vor Ort nicht erhebbaren Preise entweder auf alternativem Weg – z. B. durch Preise von Online Shops oder auf Basis von Scanner-Daten von Supermärkten – erheben oder durch Fortschreibungen bzw. Imputationen (insbesondere bei Dienstleistungen) ersetzen. Laut Statistik Austria betraf dies im April und Mai 2020 etwa ein Drittel bzw. ein Fünftel aller im Warenkorb enthaltenen Waren und Dienstleistungen. Ab Juni hat sich die Erhebungssituation mit Ausnahme einiger Dienstleistungsgruppen (z. B. Fernreiseflugtickets, Pauschalreisen, Theater und Museen) wieder verbessert.[3] Aber auch die Rückkehr zur herkömmlichen Erhebung kann mit einem Bruch in der Zeitreihe einhergehen, wenn zuvor eine andere Methode der Preiserhebung angewandt wurde. Aus diesem Grund ist die beobachtete Volatilität der Preise und Inflationsraten in den letzten Monaten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung, Freizeit- und

[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

[3] Bei den Beherbergungsdienstleistungen kommt noch das Problem hinzu, dass laut Statistik Austria die Preise für Nächtigungen in Ferienregionen zweimal pro Jahr jeweils für mehrere Monate im Vorhinein erhoben werden. Ein Teil der Preiserhebung für die aktuelle Inflationsrate erfolgte somit vor der COVID-19-Pandemie. In der Zwischenzeit könnten die Nächtigungsbetriebe allerdings ihre Preise der Nachfrage angepasst haben.

Kulturdienstleistungen, aber auch bei Nahrungsmitteln und Getränken, die zwischenzeitlich auf Basis von Scanner-Daten erhoben worden waren, mit großer Vorsicht zu interpretieren.[4]

Nach dem markanten Rückgang der Rohölpreise in den ersten vier Monaten des Jahres 2020, der auch zu einem entsprechenden Rückgang der Inflationsrate der Energiekomponente des HVPI geführt hat, haben sich die *Ölpreise in den letzten Monaten wieder erhöht*.[5] Dies führte dazu, dass sich der *Rückgang der Jahresinflationsrate von Energie von –10,0 % im Mai auf –7,1 % im August 2020 wieder verringert* hat. Innerhalb der Energiekomponente ist dieser Anstieg hauptsächlich auf die im Jahresabstand weniger stark gesunkenen Treibstoffpreise (um etwa –14 % im August nach –20 % im Mai) zurückzuführen, während die Inflationsraten für Haushaltsenergie (Strom und Gas) im Juli und August nahezu konstant bei rund 5 % für Strom und –1,5 % für Gas lagen. Bei Strom wirken noch die Strompreiserhöhungen vom Jänner und März dieses Jahres nach.

Die Inflationsrate der Dienstleistungspreise stieg von 2,3 % im Mai 2020 auf 2,8 % im Juli und ging im letzten Berichtsmonat August wieder geringfügig auf 2,6 % zurück. Für den *Anstieg im Juli waren in erster Linie Gastgewerbe- und Beherbergungsdienstleistungen verantwortlich*, deren Inflationsrate sich von 2,7 % im Mai auf 3,8 % im Juli erhöhte. Auch im August war die Inflationsrate im Gastgewerbe und der Beherbergung mit 3,7 % noch immer unerwartet hoch. Die volatilen und unerwartet hohen Inflationsraten in diesem Bereich dürften aber durch die bereits erwähnte Messproblematik mitverursacht sein, da in den Monaten April bis Juni 2020 beispielweise in der Hotellerie ein großer Teil der Preisbeobachtungen durch Fortschreibungen bzw. Imputationen ermittelt wurden. Ebenso ist die Inflationsentwicklung bei den Freizeit- und Kulturdienstleistungen, bei denen die Preise aufgrund des reduzierten Angebots teilweise noch immer schwer zu erheben sind, mit besonderer Vorsicht zu interpretieren.

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie erhöhte sich von 0,2 % im Mai bis Juli 2020 markant auf 2,4 %. Hauptverantwortlich für den Anstieg im Juli war die Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen*, deren Inflationsrate sich von –1,8 % im Juni auf +3,6 % im Juli erhöhte. Wie bereits erwähnt, dürfte sich in diesem Jahr laut Statistik Austria die Ausverkaufssaison im Bekleidungssektor aufgrund der COVID-19-Krise verschoben haben und daher sind im Juli die Preise weniger stark gesunken als in diesem Monat üblich. Dies drückt sich in einem Anstieg der Jahresinflationsrate aus, der insgesamt für etwa die Hälfte des Anstiegs der Gesamtinflationsrate zwischen Juni und Juli verantwortlich ist. Im August setzten dann die Verkaufsrabatte im Rahmen des Sommerschlussverkaufs voll ein und ließen die Jahresinflationsrate im Bekleidungssektor wieder auf –1,4 % sinken. Ebenso wie bei der Bekleidung folgte auch bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen einem Inflationsanstieg bis Juli ein Rückgang im August 2020. Bei Fahrzeugen hingegen legte die Inflationsrate im August auf 2,2% noch weiter zu, obwohl in den letzten Monaten die Nachfrage gemessen an den Kfz-Neuzulassungen tendenziell rückläufig war.

Die *Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) erhöhte sich im Juni 2020 vorübergehend auf 2,4 % (Mai: 1,3 %), ging aber bis August wieder auf 1,9 % zurück*. Dieses Muster ist sowohl bei unverarbeiteten als auch bei verarbeiteten Nahrungsmitteln zu beobachten und wird von der Preisentwicklung bei Fleisch, Fisch und Obst bestimmt. Bei alkoholischen Getränken machte sich im Juli die Abschaffung der Schaumweinsteuer bemerkbar, welche die Inflationsrate

[4] Eine eingehende Analyse der Messproblematik aufgrund von COVID-19 ist im Schwerpunktthema von Inflation aktuell Q1/20 zu finden: https://www.oenb.at/dam/jcr:752e921f-217b-46ee-af29-240cbd45ce22/Schwerpunktthema_Q1-20.pdf.

[5] Für eine detaillierte Analyse der Ölpreisentwicklung siehe Kapitel 3.1 in diesem Bericht.

von Nahrungsmitteln ab Juli 2020 um etwa 0,1 Prozentpunkte dämpft, während die Teuerung bei nichtalkoholischen Getränken seit Juni zunahm.

Die HVPI-Inflationsrate Österreichs lag 2019 im Durchschnitt um 0,3 Prozentpunkte über jener im Euroraum und etwa gleichauf mit jener in Deutschland. *Im laufenden Jahr weitete sich der Inflationsabstand zum Euroraum und zu Deutschland allerdings wieder aus und betrug im Schnitt der Monate Jänner bis August 2020 etwa einen Prozentpunkt zum Euroraum und 0,7 Prozentpunkte zu Deutschland.* Dieser Unterschied ist zum Großteil auf die beträchtlich höhere Inflationsrate von Dienstleistungen in Österreich im Vergleich zum Euroraum und zu Deutschland zurückzuführen. So lag etwa die Dienstleistungsinflation in Österreich im Durchschnitt der ersten acht Monate des laufenden Jahres um 1,2 Prozentpunkte höher als in Deutschland, während die österreichische Inflationsrate von Waren im bisherigen Jahresverlauf nur um 0,3 Prozentpunkte höher als in Deutschland war. Seit Juli 2020 ist der größer gewordene Inflationsunterschied hauptsächlich auf die Anfang Juli erfolgte Mehrwertsteuersenkung in Deutschland zurückzuführen.

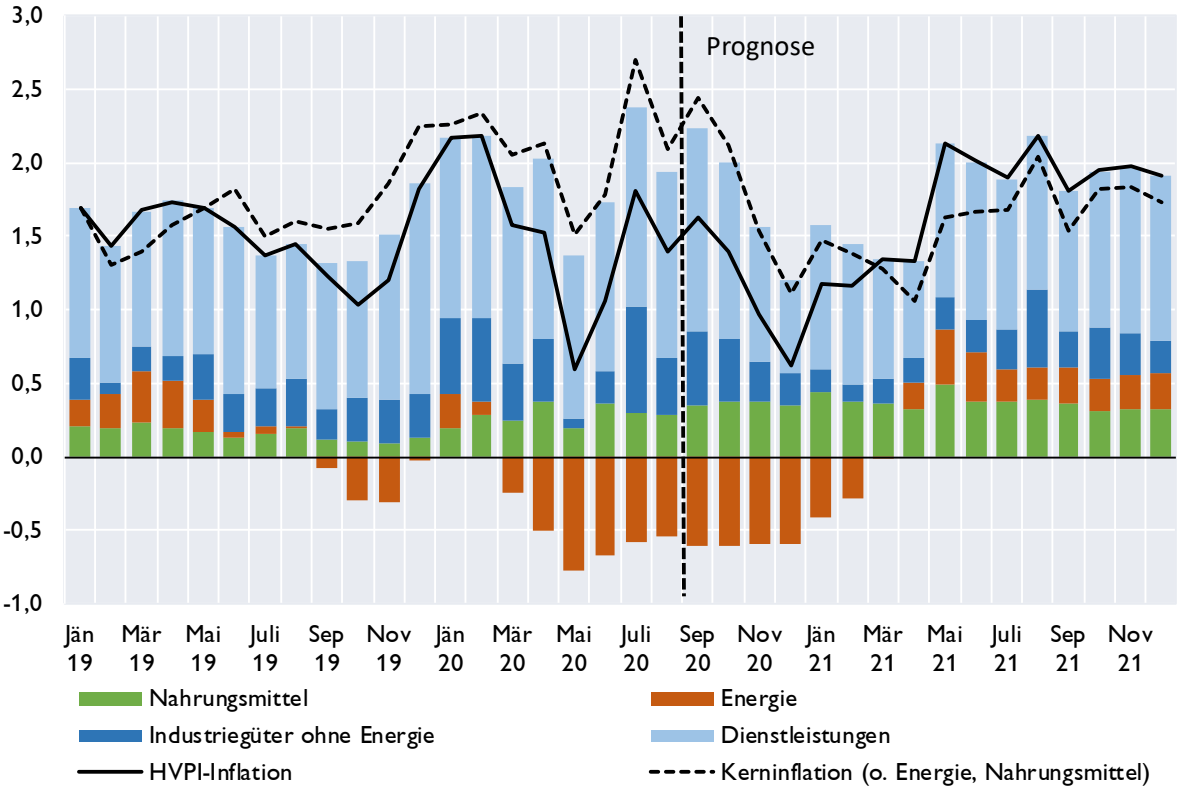
2 Inflationsprognose: trotz Rezession für 2020 Inflationsrate von 1,4 % erwartet, gefolgt von 1,7 % im nächsten Jahr

Laut OeNB-Inflationsprognose vom September 2020 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2020 1,4 % betragen und 2021 auf 1,7 % ansteigen (Grafik 1 und Tabelle 2). Die unterjährige Entwicklung der Inflationsrate weist bis Ende dieses Jahres einen deutlichen Rückgang auf, der ab Jänner 2021 von einem Anstieg abgelöst wird. Bis Anfang nächsten Jahres rechnet die OeNB mit inflationsdämpfenden Effekten der Energiekomponente des HVPI. Zudem wird sich die COVID-19-Pandemie und der damit einhergehende gesamtwirtschaftliche Nachfrageausfall auf die Kerninflationskomponenten (Industriegüter ohne Energie und Dienstleistungen) dämpfend auswirken. Im zweiten Quartal 2021 laufen die Energiepreiseffekte des diesjährigen Rohölpreisverfalls aus. Da auch der inflationsdämpfende Nachfrageeffekt der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 sukzessive schwächer werden wird, steigt die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 auf 1,7 % an. Aufgrund des im nächsten Jahr auslaufenden inflationsdämpfenden Ölpreiseffekts wird sich die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete *Kerninflationsrate spiegelbildlich zur Gesamtinflation verhalten und von 2,0 % im Jahr 2020 auf 1,6 % im Jahr 2021 zurückgehen*.

Grafik 1

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die *aktuelle Inflationsprognose liegt deutlich über jener vom Juni 2020* (+0,6 Prozentpunkte für 2020, +0,9 Prozentpunkte für 2021) – siehe Tabelle 2. Ausschlaggebend dafür sind einerseits der unerwartet starke Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Juli 2020 und anderseits die nach oben revidierten Rohstoffpreisannahmen sowohl für Rohöl als auch für nichtenergetische Rohstoffe (Tabelle 1). Zudem rechnen wir damit, dass die zuvor erwähnten Messprobleme bei Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen sich nur langsam normalisieren werden und die Inflationsrate im Dienstleistungssektor daher langsamer auf den Nachfragerückgang reagieren wird als noch in der letzten Projektion angenommen. Außerdem sind Dienstleistungspreise

erfahrungsgemäß tendenziell nach unten rigide, was eine schnelle Anpassung an Änderungen der Nachfrage hemmt.

Tabelle 1

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom September 2020

		Annahmen September 2020			Revisionen gegenüber Juni 2020		
	2019	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Energie und Wechselkurse					*in %*		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	57,2	37,6	40,2	41,6	13,4	17,0	10,6
US-Dollar-Euro-Wechselkurs	1,1	1,1	1,2	1,2	4,8	9,2	9,2
Nichtenergetische Rohstoffpreise		*Index 2005=100*			*in %*		
Gesamt	129,1	131,0	138,6	142,4	4,1	6,4	6,0
davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	138,8	143,9	154,1	158,8	0,1	3,7	4,9
davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	116,8	116,4	128,8	131,9	12,1	22,0	20,7
EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel	110,7	109,1	104,4	104,8	−6,2	−11,8	−11,8
Zinsen		*in %*			*in Prozentpunkten*		
Drei-Monats-Zinssatz	−0,4	−0,4	−0,5	−0,5	−0,1	−0,1	−0,1
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	0,1	−0,2	−0,2	−0,1	−0,1	−0,2	−0,2

Quelle: Eurosystem.

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen zu Rohstoffpreisen, Wechselkurs und Zinssätzen. Diese wurden im Rahmen der EZB-Prognose vom September 2020 festgelegt. Gegenüber der Inflationsprognose vom Juni 2020 wurden die Preise von Rohöl sowie jene der nichtenergetischen Rohstoffe nach oben revidiert. Trotz der Wechselkursgewinne des Euro gegenüber dem US-Dollar sind die aus Terminnotierungen abgeleiteten Rohölpreise in Euro über den gesamten Prognosehorizont deutlich höher als in der Projektion vom Juni 2020 angenommen. Bei den europäischen Erzeugerpreisen für Agrarrohstoffe wurde hingegen eine Abwärtsrevision im Vergleich zu den Erwartungen im Juni dieses Jahres vorgenommen.

2.1 Energie sowie Industriegüter und Dienstleistungen prägen den Verlauf der Inflationsrate

Die mit März 2020 startende Talfahrt der Ölpreise hat Ende April ihren Tiefpunkt erreicht und seither in einen moderaten Aufwärtstrend gedreht. Trotz des jüngsten Anstiegs liegt der Ölpreis aber weiterhin deutlich unter dem Niveau vor Beginn der COVID-19-Pandemie, weshalb die Inflationsrate von *Energie* bis ins erste Quartal 2021 negativ bleiben wird. Im heurigen Jahr dämpft die Energiekomponente die Gesamtinflationsrate um rund 0,4 Prozentpunkte. Erst im zweiten Quartal 2021 werden die Energiepreise positive Jahresänderungsraten aufweisen. Die Annahme niedriger Rohölpreise wirkt sich insbesondere bei Treibstoffen und Heizöl – die rund 52 % der Energiekomponente ausmachen – inflationsdämpfend aus. Bei Strom und Gas wirken die 2019 und Anfang 2020 vorgenommenen Preiserhöhungen auch im heurigen Jahr inflationsdämpfend.

Bei *Industriegütern ohne Energie* stieg die Inflationsrate im Juli 2020 auf 2,7 % an. Ausschlaggebend war vor allem die zeitliche Verschiebung des Sommerschlussverkaufs von Bekleidung und Schuhen. Nach dem Auslaufen dieses temporären Effektes erwarten wir einen deutlichen

Rückgang der Teuerung von Industriegütern ohne Energie bis Anfang 2021, der größtenteils durch die COVID-19-bedingte schwache Nachfrage bestimmt ist. Vor allem dauerhafte Konsumgüter (z. B. Fahrzeuge, Möbel) dürften auf Grund der gestiegenen Unsicherheit und hohen Arbeitslosigkeit von der Nachfrageschwäche betroffen sein. Schließlich haben sich im Einzelhandel auf Grund der Umsatzeinbrüche bzw. der Geschäftsschließungen teilweise große Lagerbestände gebildet,[6] die in den nächsten Monaten bei den betroffenen Produkten inflationsdämpfend wirken sollten. Im ersten Quartal 2021 sollte allerdings der Tiefpunkt der Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie erreicht sein und auf Grund der graduellen Verbesserung der Wirtschaftslage in einen moderaten Aufwärtstrend drehen. Im Gesamtjahr 2020 erwarten wir somit bei Industriegütern ohne Energie eine Jahresteuerung von 1,3 %, gefolgt von 0,8 % im Jahr 2021 (Tabelle 2).

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom September 2020

		Prognose		Revisionen gegenüber Juni 2020	
	2019	2020	2021	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in Prozentpunkten*	
HVPI-Inflation	1,5	1,4	1,7	0,6	0,9
Nahrungsmittel insgesamt	1,1	2,1	2,5	0,1	0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	−0,0	2,9	1,8	0,2	−0,2
davon verarbeitete Nahrungsmittel	1,3	1,9	2,7	0,0	0,3
Industriegüter ohne Energie	0,8	1,3	0,8	0,6	0,7
Energie	0,7	−5,9	1,6	1,0	1,2
Dienstleistungen	2,2	2,4	2,1	0,6	1,3
HVPI ohne Energie	1,6	2,0	1,7	0,5	0,8
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	1,7	2,0	1,6	0,6	1,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* wird im Jahr 2020 2,4 % betragen und 2021 auf 2,1 % sinken. Seit Beginn der Pandemie ist die Inflationsrate im Dienstleistungssektor nicht wie erwartet zurückgegangen, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass ein großer Teil der Preise (vor allem im April und Mai 2020 und teilweise auch im Juni und Juli) durch Fortschreibungen bzw. Imputationen ermittelt wurde. Zudem hemmen insbesondere bei Dienstleistungen häufig festgestellte Preisrigiditäten eine rasche Anpassung der Preise an veränderte Nachfragebedingungen. In den kommenden Monaten sollte sich die COVID-19-bedingte Nachfrageschwäche aber auch hier sukzessive inflationsdämpfend auswirken. Rund die Hälfte der Dienstleistungen im HVPI-Warenkorb sind vom Nachfrageausfall betroffen. Darunter vor allem der Luftpersonenverkehr, Pauschalreisen sowie Hotels und Restaurants. Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission sind die Preiserwartungen der österreichischen Dienstleistungsunternehmen für die nächsten drei Monaten deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis voraussichtlich Dezember 2021 eine Verringerung des Mehrwertsteuersatzes auf 5 %

[6] Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission sind die Lagerbestände im österreichischen Einzelhandel derzeit überdurchschnittlich groß.

vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Kostensteigerungen und Kapazitätsbeschränkungen (Hygienevorschriften, Mindestabstand) sowie der Liquiditätsprobleme vieler Betriebe gehen wir allerdings davon aus, dass die Steuersenkung – wie von der Regierung intendiert – nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wird.[7]

Bei *Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* wird für das Jahr 2020 eine Teuerungsrate von 2,1 % erwartet, gefolgt von 2,5 % im Jahr 2021. Für den Anstieg im nächsten Jahr sind vor allem steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe (Tabelle 1) verantwortlich, die zu einem Preisauftrieb bei importierten Nahrungsmitteln beitragen werden. Zudem werden die für Herbst 2020 und Frühjahr 2021 angekündigten Tabaksteuererhöhungen die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Tabak) im Jahr 2021 um 0,2 Prozentpunkte erhöhen.[8]

Der *Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors* (gemessen an der Entwicklung der administrierten Preise und indirekten Steuern)[9] beläuft sich 2020 und 2021 auf jeweils 0,2 Prozentpunkte. Im Juli 2020 wurde eine zuerst bis 31.12.2020 befristete Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 10 % bzw. 20 % auf 5 % in den von der COVID-19-Krise besonders betroffenen Branchen (Gastronomie, Hotellerie, Kultur, Publikationswesen) beschlossen. Mit der Ankündigung neuer Maßnahmen zur Eindämmung einer zweiten COVID-19-Welle im September 2020 hat die Bundesregierung auch angekündigt, die Befristung der Steuersenkung bis Ende 2021 ausdehnen zu wollen. Wie bereits angemerkt, ist diese Maßnahme als Liquiditätsunterstützung für die Unternehmen intendiert. In der Prognose gehen wir davon aus, dass keine Weitergabe der Mehrwertsteuersenkung an die Konsumentinnen und Konsumenten erfolgt.

[7] Siehe dazu auch die Schwerpunktanalyse zur Weitergabe der aktuellen Steuersenkungen auf die Konsumentenpreise in Kasten 1 dieser Ausgabe von Inflation aktuell.

[8] Bereits im Rahmen der Steuerreform 2019 waren stufenweise Tabaksteuererhöhungen in den Jahren 2020 bis 2022 beschlossen worden. Für 2020 wirkt sich die Erhöhung weniger stark auf die Inflationsrate aus, da sie erst im Oktober 2020 erfolgt.

[9] Administrierte Preise werden vollständig oder überwiegend durch den Staat oder eine Regulierungsbehörde bestimmt. In Österreich beträgt der Anteil der Produkte mit administrierten Preisen am gesamten HVPI-Warenkorb 8,6 %, wobei fast ausschließlich Preise von Dienstleistungen betroffen sind. Zudem beeinflusst der öffentliche Sektor die Inflationsentwicklung über die Veränderung indirekter Steuern, wie der Mehrwertsteuer, der Mineralölsteuer und der Tabaksteuer.

Steuersenkungen und Weitergabe auf Preise in Österreich am Beispiel der Schaumweinsteuer und der Umsatzsteuer

Christian Beer (christian.beer@oenb.at) und Doris Prammer (doris.prammer@oenb.at)[10]

Mit Anfang Juli 2020 wurde in Österreich 1.) die Schaumweinsteuer auf Sekt und Champagner auf 0 % und 2.) die Umsatzsteuer in der Gastronomie und der Hotellerie auf 5 % gesenkt. Mit der Umsatzsteuersenkung intendierte die Bundesregierung eine Erhöhung der Liquidität der von COVID-19 stark betroffenen Branchen und nicht vornehmlich eine Senkung der Konsumentenpreise. Im Unterschied dazu kündigten Handelsketten die Weitergabe der Senkung der Schaumweinsteuer an Konsumentinnen und Konsumenten an.

Mittels Preisdaten von Onlineshops und eines Essenslieferdienstes im Rahmen unseres Webscraping-Projekts[11] *wird untersucht, ob und inwieweit die Steuersenkungen einen Effekt auf Preise hatten, d. h. inwieweit es zur Weitergabe der Fiskalpolitik auf Preise kam. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Senkung des Schaumweinsteuersatzes in den Preisen widerspiegelt, während die Umsatzsteuersenkung bei Speisen und Getränken sich bislang nicht auf die Preise von online bestellten Speisen ausgewirkt hat.*

Steuersenkungen

Der Steuersatz der Schaumweinsteuer wurde von 100 EUR je Hektoliter auf 0 % gesetzt. Die Ankündigung dieser Steuersatzsenkung erfolgte mit dem „Wirtshauspaket" der Bundesregierung am 11. Mai 2020 und trat am 1. Juli 2020 in Kraft. Schaumweinsteuer wurde auf Sekt und Champagner eingehoben, sowie auf gewisse Prosecco-Spumante-Marken, sofern sie Flaschen mit Schaumweinstopfen, der durch eine besondere Haltevorrichtung befestigt ist, aufwiesen.[12] *Frizzante und Perlweine (leichtschäumende Weine) unterlagen nicht der Definition von Schaumweinen. Bei einer handelsüblichen Flasche Schaumwein (0,75l) reduzierte die Senkung der Schaumweinsteuer die Abgabenlast um 0,9 EUR/Flasche (0,75 EUR Schaumweinsteuer + 0,15 EUR MwSt.) bzw. um 1,2 EUR/Liter. Die Einnahmen aus der Schaumweinsteuer betrugen 2019 etwa 24 Mio EUR.*

Im Bereich Beherbergung und Gastronomie (Übernachtung, Verabreichung von Speisen und Getränken) wurde der Umsatzsteuersatz ab 1. Juli 2020 auf 5 % ermäßigt. Diese Steuersenkung wurde mittels Initiativantrags am 18. Juni 2020 eingebracht und wurde am 30. Juni im Nationalrat beschlossen. Sie gilt vorerst bis einschließlich 31. Dezember 2020 und umfasst auch die Abholung und Zustellung von Speisen und offenen Getränken, die normalerweise vor Ort konsumiert werden. Der ermäßigte Steuersatz gilt nicht für Nahrungsmittel, die nicht für den sofortigen Verzehr ausgerichtet sind, bzw. verpackte Speisen und Getränke.[13] *Vor dem 1. Juli 2020 wurde auf Übernachtungen und die Ausgaben von Speisen im Gastgewerbe ein Steuersatz von 10 % erhoben; auf Getränke wurde ein Satz von 20 % erhoben. Mittlerweile hat die Bundesregierung angekündigt, die Umsatzsteuersenkung bis Ende 2021 verlängern zu wollen.*

Diese Steuersenkung wurde von der österreichischen Bundesregierung explizit als eine Maßnahme zur Unterstützung der Gastronomie angekündigt, die den Betrieben zu mehr Liquidität verhelfen soll.[14] *Daher war auch nicht von einer Weitergabe der Steuersenkung über Preisreduktionen an die Konsumentinnen und Konsumenten ausgegangen worden. Im Zuge der Umsatzsteuersenkung wurde auch ein Entschließungsantrag angenommen, der fordert, dass die folgende Wiedererhöhung der Umsatzsteuer vermutlich im Jänner 2022 nicht zu Preiserhöhungen führen dürfe.*

---

[10] Der Kasten basiert auf einer internen Ausarbeitung gemeinsam mit Matthias Frühwirth.

[11] Webscraping bezeichnet den automatischen Download größerer Datenmengen aus dem Internet; in unserem Fall Preisdaten von Onlineshops, die in regelmäßigen Abständen (täglich) für analytische Zwecke erhoben werden.

[12] SchwStG 1995, §2.

[13] https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/fuer-unternehmen/umsatzsteuer/informationen/faq-ermaessigter-steuersatz-gastronomie,-kultur-und-publikationen.html.

[14] Der Gesetzestext sieht deshalb auch vor, dass § 7 Preisgesetz (verpflichtende vollständige Weitergabe von Abgabensenkungen an die Konsumentinnen und Konsumenten) keine Anwendung findet.

Preisentwicklung von Schaumweinen und bei Essenslieferdiensten

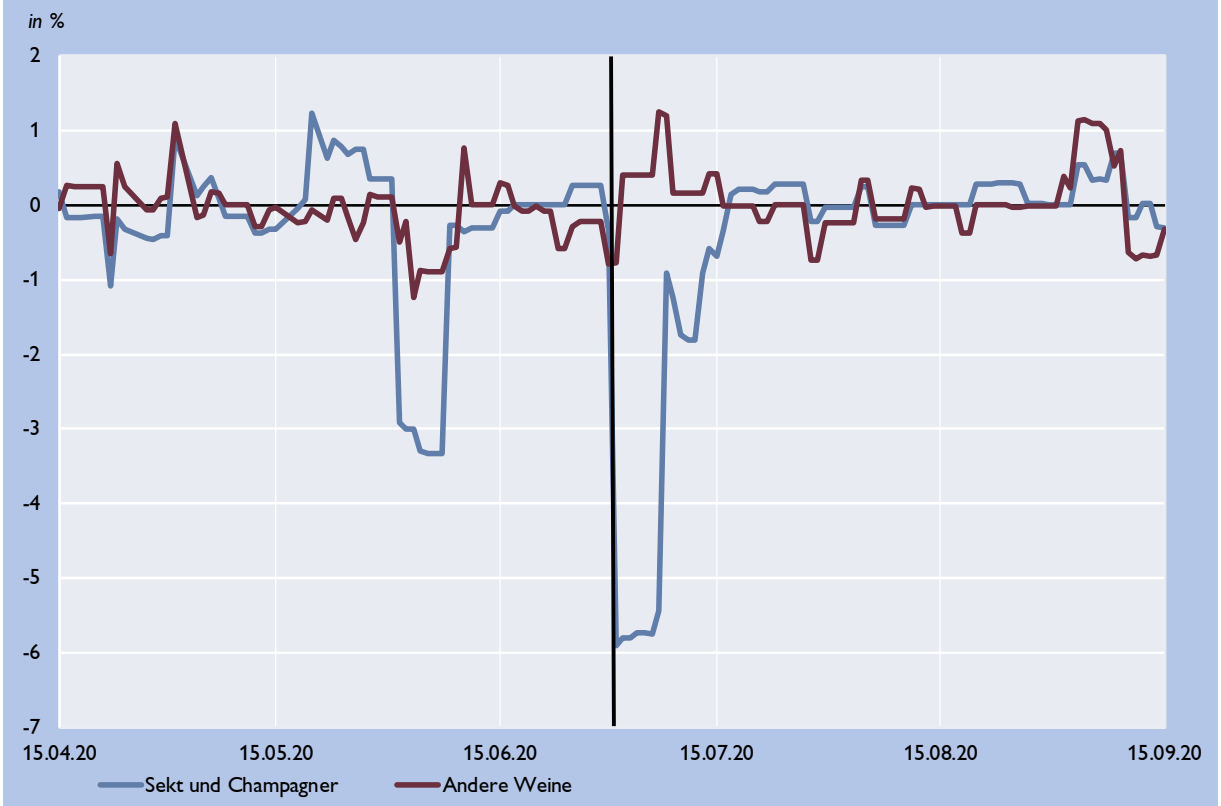
Um das Preissetzungsverhalten der Unternehmen und die Inflationsdynamik besser zu verstehen, sammelt die OeNB im Rahmen eines Webscraping-Projekts in Zusammenarbeit mit der EZB seit Anfang April 2020 Preisdaten von Onlineshops. Neben den Preisdaten werden auch Produktdaten erfasst. Dazu gehören unter anderem der Name des Produktes und die Marke, die übergeordnete Produktkategorie und die Mengeneinheit. Es werden Daten zweier österreichweit vertretener Supermarktketten erfasst.[15] Diese bieten insgesamt 95 Produkte, die als Sekt und Champagner unter die Schaumweinsteuer fallen, und knapp 1.300 andere Weine an.

Seit 25. Juni 2020 werden auch Daten eines Essenslieferdienstes gesammelt. Der Essenslieferdienst wird von ca. 3.350 Gastronomiebetrieben genutzt. Regional betrachtet liegen rund 50 % der im Datensatz vertretenen Gastronomiebetriebe in Wien, je ca. 10% liegen in Niederösterreich und der Steiermark und die restlichen 30 % in den anderen Bundesländern.

Grafik K1

Sekt und Champagner

Durchschnittliche tägliche Preisänderung im Wochenabstand



Quelle: OeNB.

Grafik K1 zeigt die prozentuelle tägliche Veränderung der Preise für Sekt und Champagner sowie anderer Weine im Vergleich zum Preis eine Woche zuvor.[16] Der Tag der Steueränderung ist mit einem schwarzen Strich markiert. Es zeigt sich deutlich, dass die Preise für Schaumweine Anfang Juni (angekündigte vorgezogene Preissenkung durch Supermarkt 1) sowie Anfang Juli (Preissenkung durch Supermarkt 2) deutlich zurückgingen und auch in der zweiten Juliwoche noch ein Rückgang zu verzeichnen war. Es gab keinen nennenswerten

[15] Aufgrund der gegenüber den Handelsketten zugesagten Vertraulichkeit bei der Darstellung der Ergebnisse werden diese hier nicht namentlich angeführt.

[16] Falls der Preis am gleichen Wochentag der Vorwoche nicht verfügbar ist, wird der vorangehende Datenpunkt für den Vergleich herangezogen.

Preisanstieg nach den Steuersenkungen, allerdings kam es in der zweiten Maihälfte (also nach der Ankündigung des Entfalls der Schaumweinsteuer und vor den Preissenkungen) zu leichten Preisanstiegen.

Vergleicht man die absoluten Preise in einer Periode vor der Bekanntgabe der Schaumweinsteuersenkung (z. B. 16.4.–8.5.2020) mit einem Zeitraum beginnend zwei Wochen nach dem Inkrafttreten (z. B. 16.7.–26.7.2020) zeigt sich, dass der Medianpreis für Schaumweine um 1 EUR gesunken ist. Die Supermärkte waren offenbar bestrebt attraktive (z. B. auf 99 Cent endende) Preise beizubehalten. Der mittlere Preisrückgang war rund –0,67 EUR (Tabelle K1). Da es bei ungefähr 16 % der Schaumweine zu keiner Preisreduktion kam, ist die mittlere Preissenkung kleiner als die Medianpreissenkung. Betrachtet man die Weitergabe am Beispiel der Schaumweinsteuersenkung – also der Anteil der Steuersenkung, der sich in einer Preissenkung manifestiert – zeigt sich, dass die Senkung der Konsumentenpreise oftmals höher war als der Rückgang der Schaumweinsteuer. Demnach lag der Median der Weitergabe der Steuersenkung bei 111 %; der Mittelwert bei 82 %. Ein Grund für die überproportionale Weitergabe der Steuersenkung an die Endverbraucher dürfte unter anderem der starke Rückgang der Nachfrage nach Schaumweinen infolge der COVID-19-Pandemie in Kombination mit der im Vergleich zu Wein kürzeren Haltbarkeit von Schaumweinen gewesen sein. Da das HVPI-Gewicht von Schaumwein lediglich 0,14 % beträgt, sind von der Preissenkung bei den Schaumweinen keine messbaren Auswirkungen auf die Inflationsrate zu erwarten.

Tabelle K1

Preisänderung und Pass-through der Steuersenkung bei Sekt und Champagner

Vergleichsperioden: 16.4–8.5.2020 und 16.7–26.7.2020

	Median	Mittelwert
Absolute Preisänderung (EUR)	−1,00	−0,67
Relative Preisänderung (%)	−8,34	−8,16
Pass-through (%)	111,11	82,30

Quelle: OeNB.

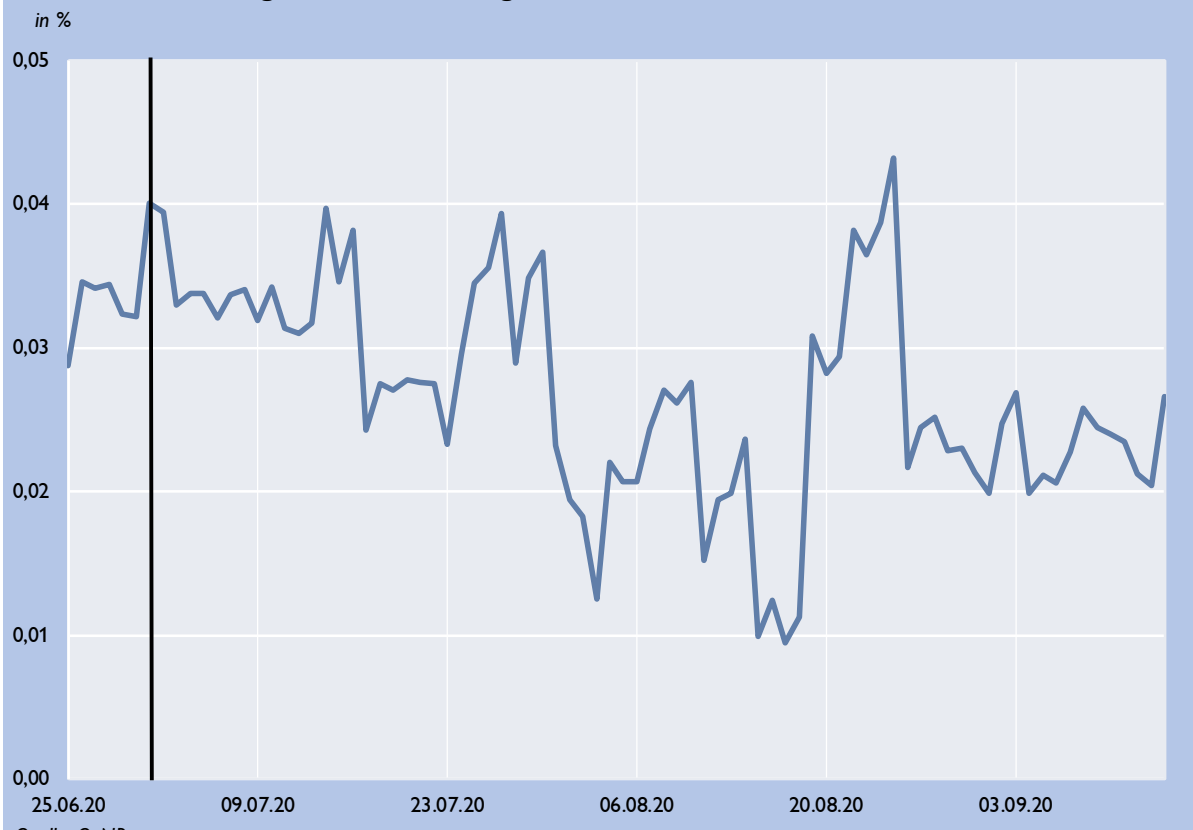
Bezüglicher der Weitergabe der Mehrwertsteuersenkung bei Speisen und Getränken erlauben unsere Daten nur eine Auswertung der Preise von Online-Essenbestellungen. Diese sind allerdings nicht für die gesamte Gastronomie repräsentativ, da nur ein Teil der Gastronomiebetriebe Essensbelldienste als Vertriebskanal nützt. Die Preiseerhebung bei einem großen Essenslieferdienst, der mit etwa 3.500 Restaurants in ganz Österreich kooperiert, zeigt über den gesamten Beobachtungszeitraum, also auch nach Inkrafttreten der Mehrwertsteuersenkung, geringfüge Preiserhöhungen (Grafik K2).[17] *Dies deutet darauf hin, dass zumindest bei Essenbestellungen die Umsatzsteuerreduktion von den Unternehmen – wie von der Regierung intendiert – bis dato eher zum Liquiditätsaufbau und nicht zur Weitergabe an die Kundinnen und Kunden verwendet wurde.*

[17] Da wir die Essenspreise erst ab 25. Juni sammeln, wurden eventuelle Preisänderungen unmittelbar nach der Ankündigung der Umsatzsteuersenkung nicht erfasst.

Grafik K2

Essenslieferungen

Durchschnittliche tagliche Preisänderung im Wochenabstand



Quelle: OeNB.

Fazit

Die Senkung des Steuersatzes bei Schaumweinen spiegelt sich in den Einzelhandelspreisen wider. Die Steuersenkung wurde an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Der Preisrückgang bei Schaumweinen war vielfach sogar höher als die Reduktion der Schaumweinsteuer und hat möglicherweise mit Rundungen bei der Preissenkung durch die Unternehmen zu tun.

Die Umsatzsteuersenkung bei Speisen und Getränken in der Gastronomie hingegen hat – basierend auf den Daten eines Online-Essensbestelldienstes – zu keiner Preisreduktion bei ausgelieferten Speisen geführt. Wie von der Bundesregierung intendiert, scheint die Steuersenkung zur Verbesserung der Liquiditätslage der Unternehmen genutzt worden zu sein und wurde bislang nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben.

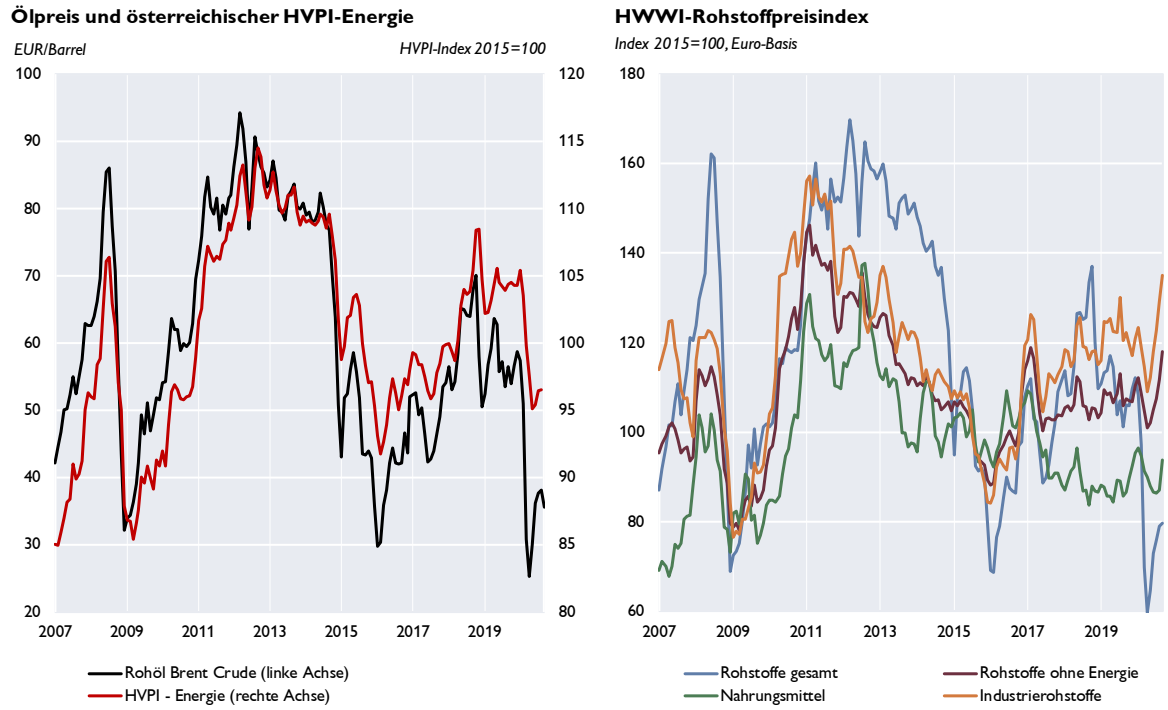
3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung

3.1 Ölpreis seit seinem historischen Tiefststand im April wieder gestiegen

In den ersten Monaten des Jahres 2020, vor allem im März und April, war der Rohölpreis stark rückläufig. Noch vor der COVID-19-Pandemie reagierte der Rohölpreis bereits auf die sinkende globale Nachfrage und ab etwa Mitte März ging die internationale Rohölnachfrage aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten weltweiten Rezession weiter zurück und ließ den Rohölpreis abstürzen. Von Jahresanfang bis April fiel der Ölpreis der Marke Brent Crude somit um etwas mehr als um 50 %. *Nach dem Beschluss von massiven Förderkürzungen durch die OPEC und ihre Kooperationspartner im April 2020*[18] *zog der Rohölpreis ab Mai 2020 wieder sukzessive an und stabilisierte sich im Juli bei rund 38 EUR je Barrel*; das sind um etwa 13 EUR je Barrel mehr als an seinem Tiefpunkt im April. Seither wies der Rohölpreis trotz der im Juli erfolgten Lockerung der Förderkürzung durch die OPEC nur geringe Schwankungen auf und lag zuletzt (am 1.10.2020) bei knapp 35 EUR je Barrel. Als Auswirkung des Ölpreisrückgangs verringerte sich auch der *Preisindex der Energiekomponente im österreichischen HVPI in den ersten Monaten des Jahres deutlich, stabilisierte sich aber mit etwas Verzögerung im Juni wieder* (Grafik 2, linke Abbildung). Im August 2020 lagen die Energiepreise im HVPI allerdings noch immer um 7 % unter ihrem Vorjahreswert und übten somit einen Abwärtsdruck auf die Inflationsrate aus.

Grafik 2

Rohstoffpreise



Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

[18] Am 10. April 2020 hatten sich die OPEC und ihre Kooperationspartner darauf geeinigt, per Anfang Mai ihre Ölproduktion um 10 Mio Barrel pro Tag (10 % der weltweiten Ölproduktion) zu drosseln. Am 16. Juli wurde diese Förderkürzung auf 7,7 Mio Barrel pro Tag wieder teilweise zurückgenommen.

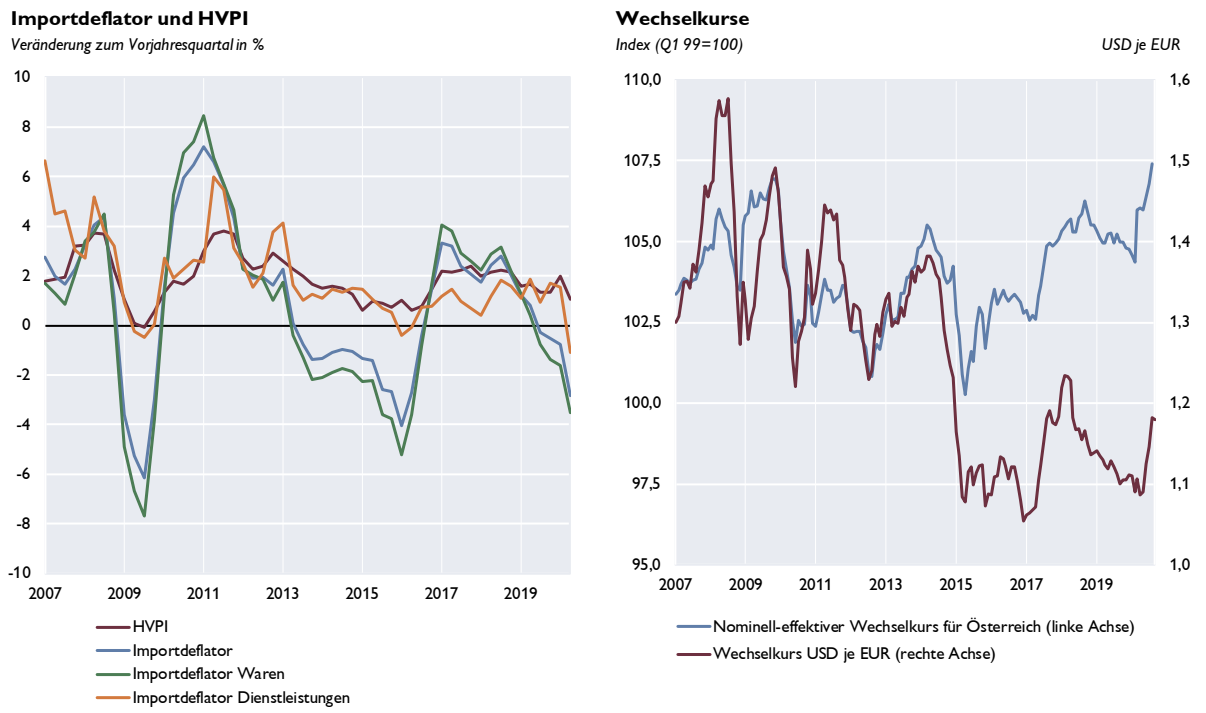
Auch der *HWWI*[19]*-Preisindex für die gesamten Rohstoffe ging in den ersten Monaten des Jahres 2020 markant zurück und erholte sich seit Mai 2020 wieder etwas.* Neben den Energiepreisen enthält dieser Index auch die Preise für Industrie- sowie Nahrungsmittelrohstoffe, die ebenso wie die Energierohstoffpreise von Jahresbeginn bis April rückläufig waren. Doch während die Industrierohstoffe sich parallel mit den Energierohstoffen ab Mai wieder verteuerten, gingen die Nahrungsmittelrohstoffpreise zumindest bis Juli weiter zurück (Grafik 2, rechte Abbildung). Dies ist auch aus der Inflationsentwicklung bei Nahrungsmitteln im HVPI in den letzten Monaten ersichtlich.

3.2 Importpreisrückgang intensivierte sich im zweiten Quartal 2020

Die Jahreswachstumsrate des Importdeflators (laut VGR[20]*) ging seit dem dritten Quartal 2018 von 3 % auf nunmehr –2,8 % im zweiten Quartal 2020 zurück, wobei gerade im jüngsten, dem zweiten Quartal 2020 ein starker Rückgang zu verzeichnen war.* Zuletzt dürften sich vor allem die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie der Ölpreisverfall dämpfend auf die Importpreise ausgewirkt haben. Für den insgesamten Rückgang seit 2018 waren vor allem die Preise der Warenimporte verantwortlich, deren Jahreswachstum sich von 3,3 % im dritten Quartal 2018 auf nunmehr –3,5 % im zweiten Quartal 2020 verlangsamte. Demgegenüber war die Preisentwicklung für Dienstleistungsimporte bis zum ersten Quartal 2020 eher nach oben gerichtet. Im zweiten Quartal 2020 ging die Teuerungsrate für Dienstleistungsimporte aber ebenfalls stark zurück und liegt nun bei –1,1 % (Grafik 3, linke Abbildung).

Grafik 3

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

[19] Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut.
[20] Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Ein Mitgrund für den Importpreisrückgang ist die Aufwertung des Euro in den letzten Monaten. *Seit Februar 2020 wertete der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs*[21] *um insgesamt 3 % auf. Auch der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wertete in den letzten Monaten markant auf (allein um 8 % seit Mai 2020) und liegt derzeit bei rund 1,18 USD je EUR* (Grafik 3, rechte Abbildung).

3.3 Inflationsdämpfender Effekt seitens der Erzeuger- und Großhandelspreise

Die *Preisindikatoren der vorgelagerten Produktionsstufen sind in den ersten Monaten des laufenden Jahres ebenso wie der HVPI ölpreisbedingt markant gesunken, haben sich aber seit Mai 2020 wieder etwas nach oben entwickelt. Trotzdem weisen Erzeugerpreisindex sowie Großhandelspreisindex nach wie vor negative Jahresänderungsraten auf und üben somit einen inflationsdämpfenden Effekt auf die Endverbraucherebene aus.* Die Jahresänderungsrate des *Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter*[22] sank seit Jahresbeginn von –0,5 % bis Mai auf –3,5 % und stieg bis August 2020 wieder auf –2,3 % (Grafik 4, linke Abbildung). Diese Entwicklung geht in erster Linie auf die bis Mai stark gefallene und dann wieder zunehmende Teuerung der Energiekomponente innerhalb des Erzeugerpreisindex zurück, teilweise aber auch auf den Rückgang der Teuerungsrate von Vorleistungen auf zuletzt –1,7 % im August 2020 (Grafik 4, rechte Abbildung). Ein Anstieg der Vorleistungspreise, der aufgrund der unterbrochenen internationalen Wertschöpfungsketten während der „Containment"-Maßnahmen befürchtet worden war, blieb somit aus. Die Inflationsrate der eng mit den Konsumentenpreisen verbundenen Erzeugerpreise für Konsumgüter war zwar seit Februar 2020 ebenfalls rückläufig, lag jedoch im August mit 1,3 % (gegenüber dem Vorjahresmonat) weiterhin im positiven Bereich.

Die *Wachstumsrate des Großhandelspreisindex ging* ebenso wie jene des Erzeugerpreisindex *von Jahresbeginn bis Mai markant zurück und erhöhte sich bis August 2020 wieder auf –4,0 %.* Somit zeigt auch dieser vorgelagerte Indikator einen preisdämpfenden Effekt auf die Endverbraucherstufe an.

[21] Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs, gewichtet mit den jeweiligen Außenhandelsanteilen für den Sachgüterbereich, berechnet.

[22] Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland produzierten und abgesetzten Waren (Industrie ohne Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).

Grafik 4

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette

Quelle: Statistik Austria.

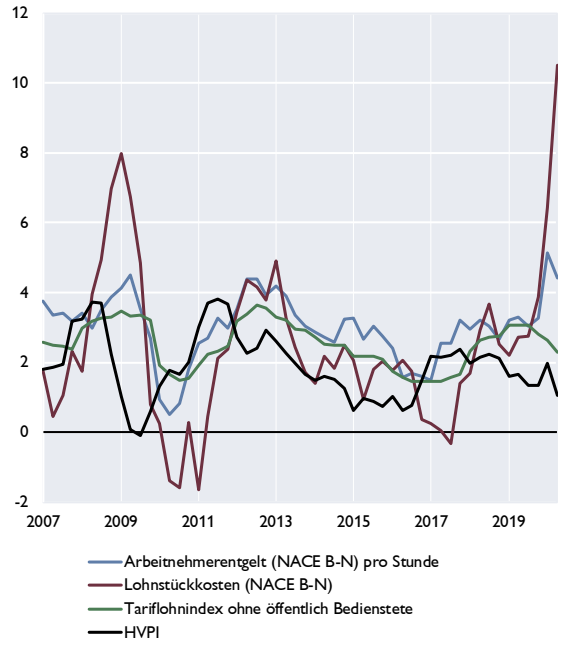
3.4 Lohnstückkosten steigen aufgrund des Produktionseinbruchs

Das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft (NACE Sektoren B-N) beschleunigte sich vor allem im zweiten Quartal 2020. Bereits im ersten Quartal 2020 war das im Jahresabstand gemessene Lohnstückkostenwachstum auf 6,4 % gestiegen und erhöhte sich in der Folge im zweiten Quartal 2020 weiter auf 10,5 % (Grafik 5, linke Abbildung). Dies markiert den höchsten Wert seit Beginn unserer Zeitreihe im Jahr 2005. Der Anstieg war vor allem auf den Rückgang der Produktivität in den ersten beiden Quartalen zurückzuführen (im zweiten Quartal etwa um 5,5 %); in einigen Branchen kam die Produktion im zweiten Quartal sogar völlig zum Erliegen. Ab Mitte März waren allerdings viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit, wodurch sich die Lohnkosten für die Unternehmen, die Kurzarbeit angemeldet hatten, de facto reduzierten. Somit spiegelt die statistische Entwicklung der Lohnstückkosten in dieser Sondersituation die tatsächliche Arbeitskostenentwicklung während der COVID-19-Krise nur unzureichend wider und lässt daher auch keine Rückschlüsse auf einen möglichen, von den Arbeitskosten ausgehenden Preisdruck zu. Die *Jahreswachstumsrate des Tariflohnindex* (ohne öffentlich Bedienstete) hingegen schwächte sich seit dem dritten Quartal des Vorjahres von 3,1 % bis zum zweiten Quartal 2020 auf 2,3 % ab.

Arbeitskostenindikatoren und Profite

Arbeitskostenindikatoren der Privatwirtschaft

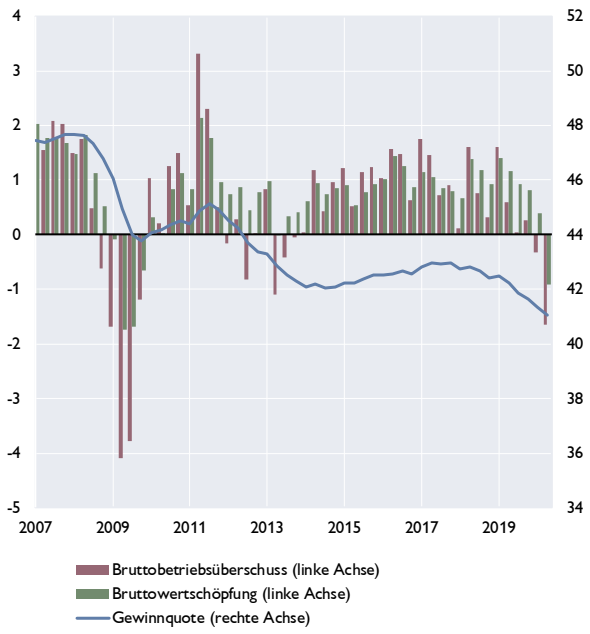
Veränderung zum Vorjahresquartal in %, nominell



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Profitentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in % *Gewinnquote[1]*



*[1] Gewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100*

Die *Bruttogewinnquote*[23] *der nichtfinanziellen Unternehmen ist seit Anfang 2019 rückläufig und ging von 42,5 % im ersten Quartal 2019 auf nunmehr 41,0 % im zweiten Quartal 2020 zurück* (Grafik 5, rechte Abbildung). Ausschlaggebend dafür dürfte die bereits im vorigen Jahr einsetzende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gewesen sein. Im zweiten Quartal 2020 war zudem – infolge der durch die COVID-19-Krise ausgelösten Rezession – das Wachstum der Bruttobetriebsüberschüsse wieder seit längerem deutlich negativ und drückte damit auch die Gewinnquote.

3.5 Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterproduktion erholte sich im dritten Quartal 2020 teilweise

Die Berechnung der Produktionslücke (Abweichung der aktuellen Produktion von ihrem Potenzial) unterliegt bereits in normalen Zeiten einer gewissen Unsicherheit, da der Potenzialoutput nicht beobachtet werden kann und folglich geschätzt werden muss. In Zeiten der COVID-19-Krise ist die Unsicherheit noch erheblich größer, da verschiedene Meinungen existieren, wie sich der Potenzialoutput in der Krise entwickelt. Die OeNB geht in ihrer gesamtwirtschaftlichen Prognose vom Juni 2020 davon aus, dass sich das Produktionspotenzial wegen der nach wie vor vorhandenen Produktionsmöglichkeiten während und nach der Krise kaum verändern wird, wodurch eine große negative Produktionslücke entsteht (Grafik 6, linke Abbildung). *Für das Jahr 2020 rechnet die OeNB damit, dass sich die österreichische Produktionslücke demnach auf –7,3 % des Potenzial-Outputs ausdehnen und erst im kommenden Jahr wieder zurückbilden*

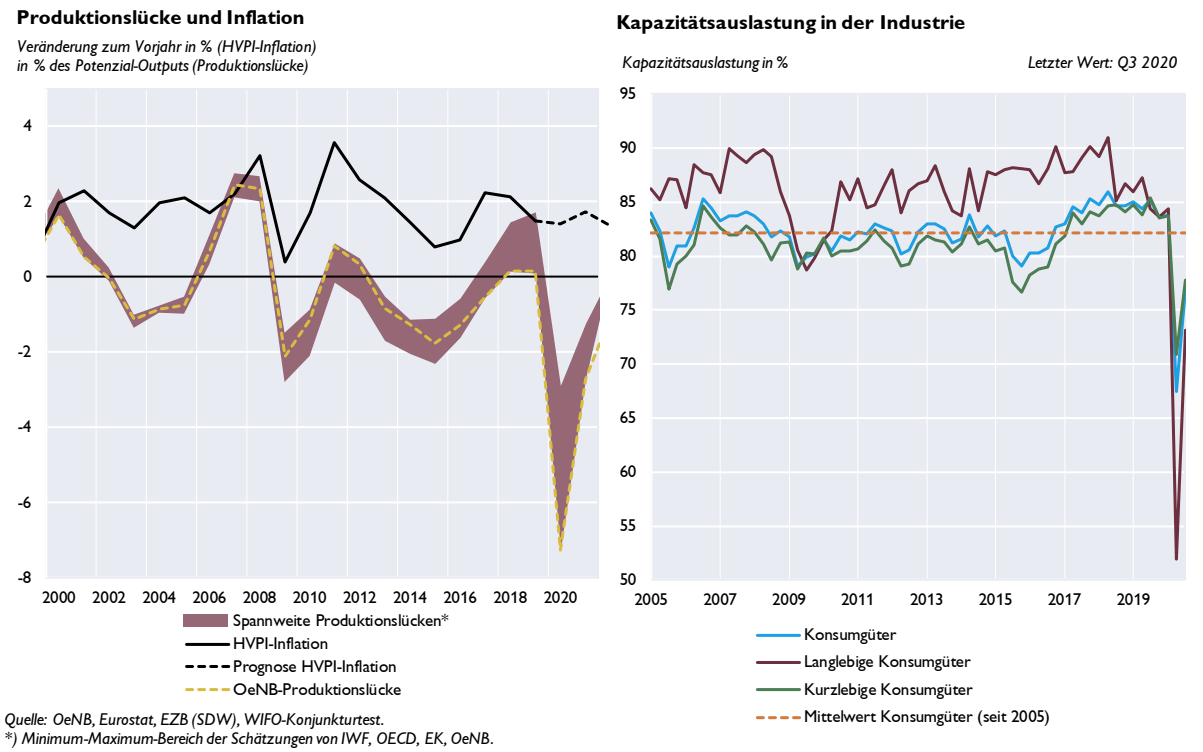
[23] Die Bruttogewinnquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ist definiert als der Bruttobetriebsüberschuss der Unternehmen, dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Dieser Profitabilitätsindikator gibt an, welcher Anteil der im Produktionsprozess entstandenen Wirtschaftsleistung auf die Vergütung des Produktionsfaktors Kapital entfällt.

wird. Die erhöhte Unsicherheit in der Krise zeigt sich auch in der größer gewordenen Spannweite zwischen den Produktionslückenberechnungen der OeNB und jenen der internationalen Prognoseinstitute (IWF, OECD und EK), die in ihren jüngsten Prognosen eine etwas weniger negative Produktionslücke als die OeNB erwarten.[24]

Die *Produktionsauslastung in der Konsumgüterindustrie* war laut WIFO-Konjunkturtest bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie leicht rückläufig, *stürzte jedoch im zweiten Quartal 2020 auf 67,5 % (von 83,8 % im ersten Quartal) ab. Im dritten Quartal 2020 erholte sich die Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterproduktion wieder etwas und erreichte einen Wert von 76,9 %* (Grafik 6, rechte Abbildung). Damit liegt sie aber weiterhin unter ihrem langfristigen historischen Durchschnitt (Mittelwert seit 2005: 82,2 %). Innerhalb der Konsumgüterproduktion war der Rückgang der Kapazitätsauslastung im zweiten Quartal bei den langlebigen Konsumgütern wesentlich stärker ausgeprägt als bei den kurzlebigen Konsumgütern. Die negative Produktionslücke sowie die unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung werden sich in den nächsten ein bis zwei Jahren dämpfend auf die Inflationsentwicklung in Österreich auswirken.

Grafik 6

Indikatoren der Produktionsauslastung



Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.
**) Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen von IWF, OECD, EK, OeNB.*

[24] Die OECD verzichtete in ihrem Economic Outlook vom Juni 2020 sowie im Interim Forecast vom September 2020 wegen der hohen Unsicherheit auf die Berechnung und Prognose der Produktionslücke.

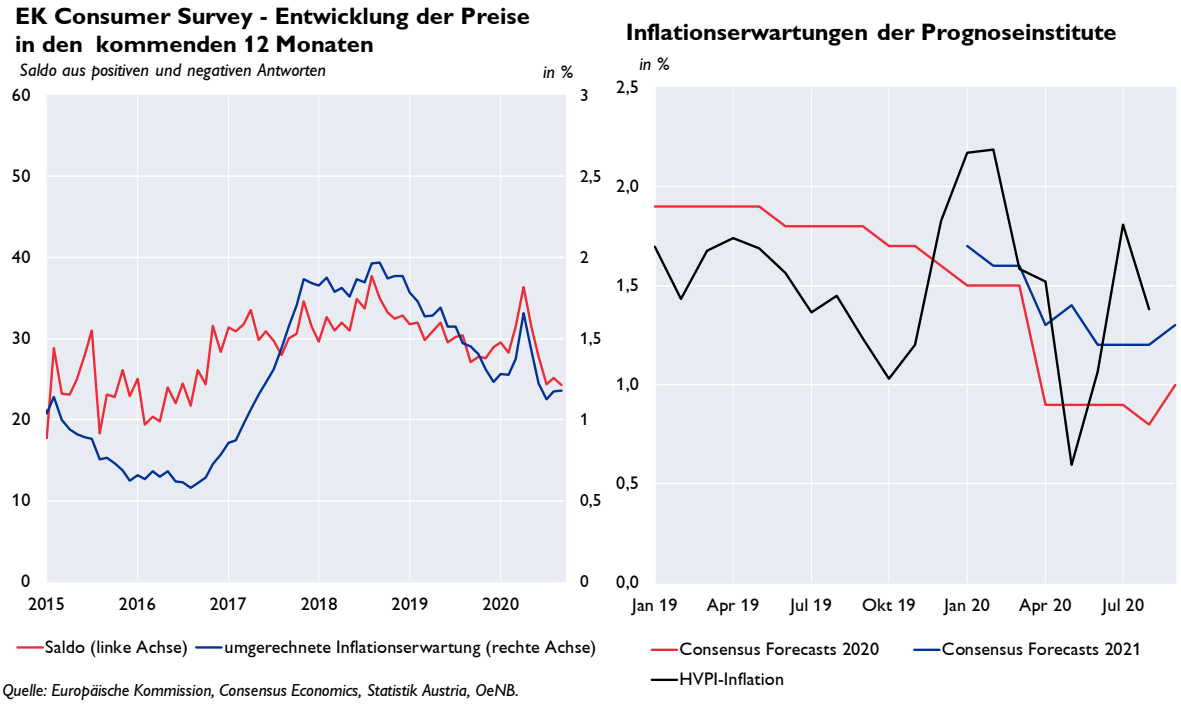
3.6 Inflationserwartungen zuletzt leicht gestiegen

Laut Consumer Survey der Europäischen Kommission erwarteten die Verbraucherinnen und Verbraucher in Österreich im September 2020 für die kommenden 12 Monate weiterhin mit deutlicher Mehrheit steigende Preise (Grafik 7, linke Abbildung). Allerdings *war der Saldo aus positiven* (Preise steigen in den kommenden 12 Monaten) *und negativen Antworten* (Preise sinken in den kommenden 12 Monaten) – parallel zur Inflationsentwicklung – *seit April 2020 tendenziell rückläufig und lag im September 2020 bei 24,3*. Eine Umrechnung dieser Saldogröße in eine Jahresinflationsrate[25] ergibt, dass die *österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten im September 2020 für die nächsten 12 Monate eine Inflationsrate* von *1,2 % erwarteten*.

Eine weitere Datenquelle für Inflationserwartungen sind die von Consensus Economics erhobenen Prognosen von professionellen Prognoseinstituten. Demgemäß *befand sich die Consensus-Inflationsprognose für Österreich* (der Durchschnitt der erhobenen Prognosen) *für das Jahr 2020 in den meisten Monaten seit April 2020 bei 0,9 %, sie stieg aber im jüngsten Monat September leicht auf 1,0 % an. Auch die Inflationsprognose für 2021 stieg im letzten verfügbaren Monat (September 2020) leicht auf 1,3 %* (Grafik 7, rechte Abbildung).

Grafik 7

Inflationserwartungen



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Economics, Statistik Austria, OeNB.

[25] Die im Consumer Survey ausgewiesenen Saldogrößen erlauben lediglich die Schlussfolgerung, dass der überwiegende Anteil der befragten Haushalte in den nächsten zwölf Monaten mit steigenden Preisen rechnet. Aus diesem Grund wurde eine Umrechnung der Saldogrößen in eine als Jahresinflationsrate interpretierbare Größe vorgenommen. Die Umrechnung basiert auf Berk, J. M. 1999. Measuring Inflation Expectations: A Survey Data Approach. In: Applied Economics 31. 1467–1480.